

Münchner Merkur

MÜNCHNER ZEITUNG
DIENSTAG, 15. OKTOBER 2019

NR. 238 | € 2,10 ÖSTERREICH € 2,40 | ITALIEN € 2,40

 Lesen Sie den Merkur digital auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone. Ganz einfach!
merkur.de/epaper

MÜNCHEN

Einheitliche Christkindmärkte

Die Stadt München will Ordnung in die vielen Christkindmärkte bringen. Die SPD hatte in einem Antrag moniert, dass viele Märkte immer früher begannen, teilweise bereits am Totensonntag. Deshalb schlägt die Verwaltung nun eine Vereinheitlichung vor: Der Beginn des Marktes am Marienplatz soll um zwei Tage vorverlegt werden, auf den Montag vor dem ersten Advent. Die anderen städtischen Märkte sollen dem folgen.

MÜNCHEN

Jubiläum in Stadelheim

Stadelheim, Bayerns größte Justizvollzugsanstalt, ist 125 Jahre alt. Sie wurde im Jahre 1894 als königliches Strafvollstreckungsgefängnis in Betrieb genommen. Bei einem Festakt sagte Justizminister Georg Eisenreich (CSU), Stadelheim sei heute mit 14 Hektar und 1500 Insassen eines der größten Gefängnisse Deutschlands. Er nahm das Jubiläum zum Anlass, der NS-Widerstandskämpfer zu gedenken, die hier ermordet wurden.

SPORT



Geisenberger: Baby-Pause

Deutschlands beste Rennrodlerin legt eine Baby-Pause ein. Die zweimalige Doppel-Olympiasiegerin Natalie Geisenberger aus Miesbach erwartet im April ihr erstes Kind und wird in der anstehenden Weltcup-Saison nicht starten. Der Wunsch der 31-Jährigen ist die Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking. In diesem Frühjahr hatte Geisenberger ihren siebten Weltcup-Gesamtsieg in Serie gefeiert. » SEITE 26

WETTER

| Vormittag | Mittag | Abend |
|---|---|---|
|  |  |  |
| 11° | 23° | 16° |

BAYERN

Die Krankheiten der BOB

Das vergangene Ausflugs-Wochenende hat es einmal mehr gezeigt: Die Bayerische Oberlandbahn (BOB) kommt sehr schnell an ihre Kapazitätsgrenze. Doch der Ausbau mit einer vollständigen Elektrifizierung und Ausweichstrecken wird noch Jahre dauern. » KOMMENTAR SEITE 2/SEITE 9

POLITIK

Queen startet Brexit-Woche

Mit einer prunkvollen Zeremonie hat Queen Elizabeth II. gestern das Parlament in London eröffnet. Mit ihrer Rede, die Premierminister Boris Johnson geschrieben hat, gab sie den Auftakt zu einer turbulenten Woche im Brexit-Streit. » SEITE 4



Unsere Zeitung – ein Kunstwerk! Das Leben ist voller Überraschungen. Die CSU feiert heute ihr 70-jähriges Jubiläum im Bundestag – dazu haben sie beim Berliner Künstler Jens Lorenzen ein Kunstwerk bestellt, das am Abend enthüllt wird. Lorenzen hat sein Werk, kein Scherz, „Münchner Merkur“ getauft. Auf unserer Titelseite zeigen wir einen Ausschnitt davon. Auf Seite 2 lesen Sie, warum das Bild so heißt, wie es heißt.



Christian Ude und die Krise der SPD

Der ehemalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, SPD-Mitglied seit 1966, sorgt sich um den Zustand seiner Partei. Für unsere heutige Ausgabe hat er einen Gastbeitrag verfasst. Ude sagt: „Die SPD verschweigt ihre Leistungen schamhaft und redet endlos von ihrem Sündenregister.“ Pünktlich zur Wahl der neuen Parteiführung durch die SPD-Basis legt er den Finger in die Wunde. Von Anfang September bis zum vergangenen Wochenende haben sich die zuletzt sechs Kandidatenteams öffentlich vorgestellt – seit gestern hat die Partei das Wort. 425 630 SPD-Mitglieder können bis zum 25. Oktober ihre Stimme abgeben, mehr als 130 000 haben sich für die Online-Abstimmung registriert. Am 26. Oktober soll das Ergebnis der Mitgliederbefragung präsentiert werden. » IM BLICKPUNKT

Kurden rufen Assad zu Hilfe

„Schmerzhafter Kompromiss“ – Trump kündigt Sanktionen an

Damaskus/Istanbul – In ihrem erbitterten Kampf gegen türkische Truppen erhalten die Kurdenmilizen in Nordsyrien Unterstützung der Regierung von Präsident Baschar al-Assad. Die syrischen Soldaten seien zwischen den nordostsyrischen Städten Al-Hassaka und Ras al-Ain eingerückt, berichtete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte.

Nach Angaben der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur Sana erreichten die Regierungstruppen ebenfalls die

Stadt Tall Tamar nordwestlich von Al-Hassaka. Sie befinden sich damit in einem Gebiet, in dem die Türkei eine sogenannte Sicherheitszone errichten will. Fernsehberichten zufolge warfen Menschen ihnen Blumen zu und sangen „Tod für Erdogan“. Auf den von Sana verbreiteten Bildern schwenkten Menschen bei Autokorssen in der Stadt die syrische Fahne. Die syrische Armee wolle im Norden der „türkischen Aggression auf syrischem Boden entgegnetreten“, berichtete Sa-

na. Die von der Kurdenmiliz YPG angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) bezeichneten die Vereinbarung mit der Regierung in Damaskus als „schmerzhaften Kompromiss“. „Wir stehen den türkischen Messern jetzt mit nackter Brust entgegen“, schrieb SDF-Kommandant Maslum Abdi in einem Beitrag für das US-Magazin „Foreign Policy“. Die Zusammenarbeit mit Assad und dessen Verbündeten Russland habe notgedrungen stattgefunden.

Der türkische Einsatz gegen die Kurdenmilizen stößt international auf scharfe Kritik. Die EU konnte sich aber nicht auf ein gemeinsames Waffenembargo gegen die Türkei einigen.

US-Präsident Donald Trump kündigte Sanktionen gegen die Türkei an. In einer Mitteilung Trumps hieß es, unter anderem würden wegen der „destabilisierenden Handlungen der Türkei in Nordost-Syrien“ Strafzölle auf Stahlimporte aus der Türkei wieder auf 50 Prozent angehoben. » KOMMENTAR

Flugbegleiter: Streiks am Sonntag

München – Die Gewerkschaft Ufo hat für den kommenden Sonntag zu einem Warnstreik der Flugbegleiter an den Luft-hansa-Drehkreuzen Frankfurt und München aufgerufen. Die Aktion soll auf fünf Stunden zwischen 6 und 11 Uhr beschränkt sein. Weitere Arbeitskämpfe bei anderen Flugbetrieben des Konzerns seien jederzeit möglich, erklärte der stellvertretende Ufo-Vorsitzende Daniel Flohr im Internet. Er warf dem Unternehmen vor, einen Machtkampf gegen die Sparten-Gewerkschaften zu führen. » WIRTSCHAFT

DIE KURIOSE NACHRICHT Falsche Tür

Ein Unbekannter hat im westfälischen Hamm die Tür einer Wohnung eingetreten und den verdutzten Bewohner nach seiner Frau gefragt. Als der Eindringling gemerkt habe, dass er in der falschen Wohnung stand, habe er sich mehrfach bei dem 37-jährigen entschuldigt, sagte ein Polizeisprecher am Montag. Daraufhin sei er geflohen.

„Rechtsstaat muss Zähne zeigen“

Kampf gegen Antisemitismus: Union verlangt härtere Strafen

Berlin – Die Union will nach dem Terroranschlag von Halle das Instrumentarium zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus auf den Prüfstand stellen. „Wir müssen die Zähne des Rechtsstaats noch mal deutlich schärfen“, sagte CSU-Chef Markus Söder unserer Zeitung. „Hass und Hetze gegen unsere jüdischen Mitbürger haben in Bayern keinen Platz.“ Das Kabinett

wird heute eine Bundesrats-Initiative auf den Weg bringen, um die Strafen für antisemitisch motivierte Taten zu erhöhen. „Wer sich gegen die Mitglieder unserer jüdischen Gemeinde wendet, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats rechnen“, sagte Söder. Im Landtag setzte die SPD für heute eine Plenardebatte dazu an. In Berlin beschloss der CDU-Vorstand eine sechsseitige

„Handlungsoffensive“. Darin werden schärfere Mittel der Strafverfolgung gefordert. Dazu zählen ein effektiveres Überwachen extremistischer Kommunikationsnetzwerke, eine bessere Analyse großer Datenmengen (Big Data) und die Möglichkeit zur Strafverfolgung im Internet, auch wenn Geschädigte nicht Anzeige erstatten. Auch die CDU will den Strafrahmen erweitern. cd » POLITIK

DIE GUTE NACHRICHT Tourismus-Boom

Der Deutschland-Tourismus hat im August einen neuen Übernachtungsrekord für diesen Monat aufgestellt. Die Zahl der Übernachtungen in den größeren Beherbergungsbetrieben lag mit 57,9 Millionen um 3,4 Prozent über dem Wert vom August 2018. Die deutsche Tourismusbranche steuert damit auf das zehnte Rekordjahr in Folge zu.

Andrea Nahles verlässt den Bundestag

Berlin – Die frühere Partei- und Fraktionschefin der SPD, Andrea Nahles, legt ihr Bundestagsmandat nieder. Zum 1. November werde Nahles den Bundestag verlassen, bestätigte gestern die SPD-Fraktion. Danach will sich die 49-Jährige beruflich neu orientieren. Sie lebt in der Eifel und ist Mutter einer Tochter. Nahles war mit einer Unterbrechung seit 1998 im Bundestag. Sie war Fraktionsvorsitzende und von 2013 bis 2017 Arbeitsministerin. Von April 2018 bis Juni 2019 war sie Parteivorsitzende. Nach dem Desaster der SPD bei der Europawahl war Nahles stark unter Druck geraten – und hatte schließlich alle Spitzenämter niedergelegt.

Jägerpräsident Vocke lässt Ämter ruhen

München – Der Präsident des Bayerischen Jagdverbands Jürgen Vocke lässt alle seine Ämter vorerst ruhen. Das bestätigte er gestern nach einer Präsidiums-sitzung des Jagdverbands. „Ich lasse alles ruhen, bis die Vorwürfe geklärt sind“, sagte Vocke, der den Verband seit 25 Jahren führt. Er reagierte damit auf den immer größer werdenden Druck aus der Jägerschaft. Ein Präsidiumsmitglied hatte zuvor Anzeige gegen Vocke erstattet. Zuletzt durchsuchte die Staatsanwaltschaft die Verbandszentrale in Feldkirchen (Kreis München). Ermittelt wird wegen des Verdachts der Untreue und Unterschlagung von Verbandsgeldern. Vocke bestreitet die Vorwürfe. dg

Strompreise könnten nächstes Jahr wieder steigen

Berlin – Die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom soll 2020 steigen. Wie aus gut informierten Kreisen zu erfahren war, soll die Umlage dann 6,756 Cent pro Kilowattstunde betragen. Derzeit liegt die EEG-Umlage bei 6,405 Cent. Sie war davor zweimal in Folge gesunken. Die Betreiber der großen Stromnetze wollen die Höhe der Umlage für das nächste Jahr am heutigen Dienstag offiziell bekannt geben. Die Umlage ist ein wichtiger Bestandteil des Strompreises. Sie macht ungefähr ein Viertel aus und finanziert die festen Vergütungen, die Ökostrom-Produzenten für die Einspeisung ihres Stroms bislang unabhängig vom Marktpreis bekommen.

Verlängern Sie Ihre Terrassensaison

MARKISEN, PERGOLA-MARKISEN, TERRASSENÜBERDACHUNG

Bis zu 20% HERBST-RABATT*

SCHATTERIA

81539 München - Tegernseer Landstraße 103
Tel. 089-55930007 · schatteria.de

*gültig bis 15. Nov. 2019

KOMMENTARE

Umgang mit der AfD
Der Ton
verschärft sich

MIKE SCHIER



Es ist erst ein paar Wochen her, dass vor den Wahlen in Sachsen und Brandenburg ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob sich die Union für Bündnisse mit der AfD öffnen solle. Nach dem Attentat von Halle kann davon keine Rede mehr sein. Es fällt auf, wie drastisch vor allem die CDU die Tonlage gegenüber der AfD verschärft. Anngret Kramp-Karrenbauer bezeichnete die Partei am Wochenende als „politischen Arm des Rechtsradikalismus“. Diese Wortwahl kannte man nur von Sinn Fein und der Terrororganisation IRA aus Nordirland.

Damit übernimmt AKK eine Kurskorrektur, wie sie Markus Söder bereits auf dem Gillaomos vor einem Jahr eingeleitet hatte – und damit durchaus Erfolge einfuhr: Seine klare Kante gegen die Rechtspopulisten drückte die Partei im Freistaat weit unter jene Werte, die Umfragen bereits suggeriert hatten. Zur Wahrheit gehört allerdings, dass auch der manchmal sehr hemdsärmelige Hubert Aiwanger der AfD einen Teil der Wähler abjagte. Er gibt vielen Bürgern im ländlichen Raum eine Stimme, die mit dem modernen Leben in den Städten fremdeln.

Die AfD darf sich nicht wundern, wenn ihr eine Mitverantwortung an rechter Gewalt gegeben wird. Wer den Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ der Geschichte oder das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnet, braucht sich nicht beschweren. Doch bei aller Abgrenzung sollte die Union mit ihrem konservativen Flügel nicht vergessen, gemäßigten AfD-Wählern wieder eine Heimat zu bieten. AKK und ihre Landesfürsten müssen von Söder lernen – und ein wenig auch von Aiwanger.

Mike.Schier@merkur.de

Marshallplan für die Bahn
Baut die BOB
endlich aus!

DIRK WALTER



Achtung, hier schreibt ein unverbesserlicher Optimist, der glaubt, dass überfüllte Züge wie am vergangenen Wochenende nicht in Demut hingenommen werden müssen. Sondern dass sich etwas ändern muss – und kann. Ja, man darf sogar das große Wort eines Marshallplans für die Bahn in Bayern in den Mund nehmen. Das bedeutet erstens Streckenausbau. Das zu eng dimensionierte BOB-Netz ist nur ein Beispiel unter vielen. Solange ein Münchner mit dem Auto schneller in Garmisch-Partenkirchen oder Füssen ist als mit der Bahn, solange ist eine Zugfahrt unattraktiv. Zweitens müssen quer durch Bayern stillgelegte Strecken reaktiviert werden – etwa die Fuchstalbahn Landsberg-Schongau oder die Steigerwaldbahn Kitzingen-Schweinfurt. Für die Reaktivierung gelten leider (noch) antiquierte Maßstäbe, werden utopische Fahrgastzahlen verlangt – das muss sich ändern.

Doch man darf nicht alles schlechtreden. Nach jahrelangem Druck aus dem Oberland wurde im Sommer immerhin konkret mit der Planung der Elektrifizierung begonnen. Das aber – man glaubt es kaum – soll zehn Jahre dauern. Mindestens. Geht das nicht schneller? Gar nicht auf der Rechnung haben Bahn und Ministerium bisher den Bau von Ausweichgleisen und neuen Stellwerken auf der BOB-Strecke. Warum nicht? Wenn man bedenkt, mit welchem Milliardenaufwand der Bau neuer Straßen (A 94!) vorangetrieben wird und wie viel Geld für deren Sanierung verwendet wird – dann sieht man, was machbar ist. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Dirk.Walter@merkur.de

Offensive der Türkei
Syriens neue
Katastrophe

MARCUS MÄCKLER



Es war eine Wahl zwischen Leben und Tod. Von den USA im Stich gelassen und von der Türkei ins Gefecht gezwungen, blieb den Kurden in Nordsyrien nichts anderes übrig, als den Diktator Baschar al Assad um Hilfe zu bitten. Nun müssen die einst tapfersten Verbündeten des Westens Seite an Seite mit den Truppen eines Mannes kämpfen, der Chemiewaffen gegen sein eigenes Volk einsetzte. Und das ist nicht die einzige tragische Wendung in einem Krieg, den manche schon für beendet hielten.

So wie sich die Dinge entwickeln, scheint Syrien auf eine neue Katastrophe zuzusteuern. Zehntausende sind auf der Flucht, die Opferzahlen steigen, IS-Kämpfer nutzen das Chaos, um aus kurdischer Gefangenschaft zu fliehen. Dass Donald Trump den Kurden unterstellt, sie ließen die Terroristen absichtlich frei, um die USA zum Eingreifen zu zwingen, ist angesichts des verantwortungslosen US-Truppenabzugs an Niedertracht kaum zu überbieten.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Offensive offiziell gestartet, um eine Pufferzone zu den Kurdengebieten zu schaffen. Mit dem Eingreifen syrischer Truppen ist aber ein offener Krieg zwischen Syrien und dem Nato-Mitglied Türkei geworden. Zu Recht hat Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn darauf hingewiesen, dass Ankara im Zweifel die Nato-Verbündeten um Beistand bitten könnte. Frankreich und Deutschland mit Erdogan gegen die Kurden – absurder ginge es nicht.

Marcus.Maekler@merkur.de



ZEICHNUNG: STUTTMÄNNCHEN

PRESSESTIMMEN

Zu Erdogan/Syrien:

„Frankreich droht, seine Waffentiefen auszusetzen, und Donald Trump, die türkische Wirtschaft zu ersticken. Angela Merkel fordert, die Angriffe zu beenden. Und Recep Tayyip Erdogan scheint mehr denn je entschlossen zu sein, seine Offensive gegen die Kurden im Nordosten Syriens fortzusetzen. Warum sollte der türkische Präsident besorgt sein, da sich der UN-Sicherheitsrat als unfähig erwiesen hat, sich auf eine einfache Erklärung zu einigen?“

La Liberation (Paris)

„Der frühere US-Verteidigungsminister James Mattis warnt vor dem Wiederaufleben des IS. Diese Gefahr ist ein Grund mehr, Druck auf die Türkei auszuüben, damit

sie diese tödliche Offensive einstellt. Ebenso wie die Tatsache, dass die kurdischen Anführer offen über Vereinbarungen mit Russland und dem Regime von Baschar al-Assad sprechen. Totales Desaster? Es hat gerade erst begonnen.“

The Guardian (London)

zur SPD:

„Will die SPD ihrem Anspruch als Volkspartei gerecht werden, muss sie ein Angebot machen, das Stahlarbeiter, Studienräte und Sozialhilfeempfänger gleichermaßen zufriedenstellt. Das, was früher erfolgreich gelang, ist in Zeiten einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft immer schwieriger.“

Kölnischer Stadt-Anzeiger

Der lange Arm der Türkei

Die Türkei hat 121 Menschen wegen kritischer Internetbeiträge gegen die Syrien-Offensive festgenommen. Auf Facebook rufen Erdogan-Sympathisanten dazu auf, Kritiker der türkischen Polizei zu melden. Auch in München.

VON KATHRIN BRAUN

Istanbul/München – Die kritischen Stimmen gegen die türkische Militäroffensive in Nordsyrien werden weltweit laut. Tausende Kurden protestieren in ganz Deutschland, Angela Merkel ruft Präsident Erdogan an und verlangt einen sofortigen Stopp, die USA drohen mit Sanktionen. In der Türkei aber verstummen die Stimmen. 121 Menschen hat die Türkei bislang wegen kritischer Internet-Beiträge festgenommen. Und die türkische Medienaufsichtsbehörde (RTÜK) warnt: Auch Beiträge von „Separatisten“ aus dem Ausland würden „umgehend zum Schweigen gebracht“.

„Verehrte Freunde“, postet der Münchner Erkan S. (Name geändert) auf Türkisch auf Facebook. „Über die sozialen Medien werden gegenüber unserer ruhmreichen Armee Beleidigungen, im Rahmen der inneren Sicherheit erniedrigende Kommentare und Falschmeldungen geteilt. Da dies alles Straftatbestände sind, bitten wir, jene



Weltweit demonstrieren Menschen gegen den türkischen Einmarsch in Syrien. Unser Bild entstand am Sonntag in Zürich. Wird Kritik von türkischen Behörden bestraft? FOTO: DPA

Profile, die dies verbreiten, samt Screenshots zu melden.“ Dazu eine E-Mail-Adresse und eine Telefonnummer der türkischen Polizei, Abteilung zur Bekämpfung von Cyber-Kriminalität. Verfasst haben er den Text nicht selbst – sondern nur geteilt, sagt er. Solche Aufrufe seien seit etwa drei Jahren eine weitverbreitete Praxis der türkischen Regierung, sagt Cahit Basar, 53, Generalsekretär der kurdischen Gemeinschaft. „Regierungskritische Posts aus

dem Internet kann man mit wenigen Klicks an die türkische Polizei weiterleiten.“ Zum Beispiel mit der App EGM – das ARD-Magazin „Report Mainz“ berichtete erst kürzlich über die App der türkischen Polizei. Sie ruft dazu auf, türkischstämmige Erdogan-Gegner in Deutschland direkt bei den türkischen Behörden anzuzeigen. „Damit kann man dann ein bisschen Stasi spielen“, sagt Basar, „und seine Kollegen und Freunde verraten.“

Wenn die dann die Türkei besuchen wollten, könnten sie bei der Anreise entweder ausgewiesen oder sogar festgenommen werden, so Basar. Im Juli wurde ein Fall bekannt, bei dem ein 36-jähriger Türkischstämmiger aus Deutschland bei der Einreise festgenommen wurde – ihm wurden Facebook-Einträge zum Verhängnis. Die Wurzel liege unter anderem in der Propaganda, findet Basar. „Alle türkische Sender sind unter staatlicher Kontrolle.“

„Herr Dobrindt hat leuchtende Augen bekommen“

INTERVIEW Der Berliner Künstler Jens Lorenzen über das Bild, das er für die CSU gemalt hat

München – Jens Lorenzen, Jahrgang 1961, ist ein Berliner Künstler. Er ist berühmt für seine bunten Collagen aus Zeitungsausschnitten, Werbeplakaten und Postern. Im Auftrag der CSU hat er ein großflächiges Bild geschaffen, Öl auf Leinwand, das heute Abend enthüllt wird – zur Feier des 70-jährigen Jubiläums der CSU im Bundestag.

Ihr Werk hat einen lustigen Titel. Es heißt „Münchener Merkur“. Wie unsere Zeitung. Wir sind ein bisschen verwirrt. Wie sind sie darauf gekommen?

Na ja, weil ich Ihre Zeitung gemalt habe – und sie ganz prominent oben über die ganze Breite des Bildes gesetzt habe. Ich nehme immer nahe liegende Titel für meine Bilder. Was groß zu sehen ist, das ist immer der Titel des Werks.

Welche Ausgabe unserer Zeitung haben Sie gemalt? 5. Mai 1955. Die Schlagzeile lautet: „Oberste Gewalt bei

der Bundesregierung“. Es geht darum, dass die Besatzungszeit aufgehoben ist. In dem Artikel wird auch darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr wieder aufrüsten darf. Ich bin durch die Archive gegangen und habe geschaut, was für mich interessant ist und was für die CSU. So kam ich auf diese Schlagzeile.

Beschreiben Sie Ihr Bild. Was sieht man noch?

Drüben links ist der bayerische Löwe, der ist aus einem alten Plakat der CSU. Darüber steht: „Deutschland braucht die Kraft der Bayern aus München.“ Darunter habe ich Kraft-Käse gesetzt.

Äh, was ist Kraft-Käse?

Frischkäse der Firma Kraft. Wenn ich an Kraft denke, denke ich an Käse. Ich verfolge in meinen Bildern Assoziationsketten. Das sind alles Dinge, die mir zum Freistaat einfallen und die mit der CSU zusammenhängen. Das Gan-



Atelierbesuch: Alexander Dobrindt bewundert das Kunstwerk „Münchener Merkur“, daneben Jens Lorenzen. SCHMITZ/PHOTOTHEK

ze ist eine Mischung aus geschichtlich wichtigen Zusammenhängen wie der Spiegel-Affäre, die Strauß den Job als Verteidigungsminister kostete, und ganz profanen Dingen wie Kraft-Käse. Ich spiele mit Worten. Und wenn man das Wort beim Wort nimmt, entstehen Absurditäten.

Man sieht das Logo des FC Bayern, das von BMW, das

Euro-Zeichen und auch ein Plakat des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds mit Marx, Lenin und Engels darauf.

Ja, darunter steht: „Die Reden vom Wetter. Wir nicht“. Das galt damals als spießbürgerlich, als kleingeistig, übers Wetter zu reden. Aber ich sage Ihnen: Marx, Lenin und Engels würden heute auch übers Wetter reden.

Sie spannen auf kleinem Raum große Bögen.

Deswegen habe ich daneben die Worte „Ende Gelände“ gesetzt – die Protestbewegung im Hambacher Forst. Und von „Ende Gelände“ komme ich auf Kohle stoppen. Kohle ist aber auch Geld. So komme ich wiederum auf den Euro. Aber natürlich auch auf die CSU. Weil die CSU unter Theo Waigel den Euro eingeführt hat.

Marx, Hambacher Forst, Kraft-Käse. Wie hat CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt reagiert, als er das Bild in Ihrem Atelier kürzlich zum ersten Mal gesehen hat?

Er hat leuchtende Augen bekommen. Ich habe gleich am Anfang gesagt: Ich mache gerne ein Werk für die CSU – aber Kunst ist Spiel. Und in diesem Spiel stellt der Künstler die Regeln auf. Das rechne ich Herrn Dobrindt hoch an, dass er sich darauf eingelassen hat.

Interview: Stefan Sessler